

# „Countdown für Deutschland“

**Verwirrende Signale: Die deutsche Wirtschaft wird im kommenden Jahr Aufstieg und Absturz erleben – und zwar gleichzeitig. Die Gewinne der Großkonzerne steigen, ihre Arbeitsplätze schrumpfen. Wohlstand für alle wird es nicht mehr geben. Neue Schnitte im Sozialsystem scheinen unvermeidlich. Regierung, Gewerkschaften und Arbeitgeber sind alarmiert: Sie planen einen Beschäftigungspakt.**

**D**ie Deutschen haben Grund zum Jubeln: Die Wirtschaft wächst auch im kommenden Jahr. Das Exportgeschäft brummt, die asiatischen Schwellenländer sind scharf auf Waren „made in Germany“. Die großen Unternehmen Siemens, Daimler, Krupp, in der Rezession auf lean getrimmt, spucken wieder tüchtige Gewinne aus.

Die Deutschen haben Grund zur Unruhe: Der Aufschwung schwingt zielsicher an den Arbeitslosen vorbei. Millionen von Arbeitswilligen, ausgemustert schon in der letzten Rezession, werden Büro oder Werkhalle nie mehr von innen sehen. Unter dem Strich entsteht 1996 kaum ein Job zusätzlich.

Die Ökonomen sind erfreut und ernüchtert zugleich, die Politiker nur noch verwirrt. Sie und ihr Volk, bisher auf

den Ost-Aufbau fixiert, erleben 1996 das Ende der Eindeutigkeit.

Die Konjunktur hat sich wie von selbst gespalten: Plus bei den Profiten, Minus bei den Jobs, und keine Trendumkehr ist in Sicht. Die Ökonomen sprechen emotionslos von „jobless growth“, einem Wachstum ohne Arbeitsplätze.

Aufstieg oder Absturz, das ist nicht mehr die entscheidende Frage. Boom und Baisse, beides kommt auf die Bundesbürger zu, und das auch noch gleichzeitig.

Die Industrie spielt wieder an der Weltspitze mit – nur leider in abgespeckter Besetzung. Wachstum bedeutet noch immer Wohlstand – aber eben nicht mehr für alle. Neue Jobs entstehen – aber irgendwo auf der Welt.

Wie ein Wirbelwind hat der Trend zur Globalisierung die deutsche Wirtschaft erfaßt. Unternehmen, die plötzlich keine Grenzen mehr kennen, die im Online-Zeitalter ihre Fabriken rund um den Globus dirigieren, gehorchen anderen, neuen Gesetzen. „Auch emotional“, sagt der Unternehmensberater Roland Berger, „koppeln sich die Firmen von ihrem Standort ab.“

Rund 1,2 Millionen industrielle Arbeitsplätze gingen dem Land seit 1991 verloren – 223 000 im Maschinenbau, 195 000 in der Elektroindustrie, 160 000 in der Auto- und Motorradfertigung, 73 000 in der Chemie.

Der Exodus wird sich 1996 ungebremst fortsetzen. Die Banken, in den meisten Großkonzernen im Aufsichtsrat vertreten, machen der Industrie mächtig



**Siemens-Computerfertigung, Deutsche-Bank-Zentrale:** Plus bei den Profiten, Minus bei den Beschäftigten



**Bayer**

Gewinne\* je Aktie in Mark

| 1995         | 1996         |
|--------------|--------------|
| <b>36,00</b> | <b>39,00</b> |

Beschäftigte 1996\*\*

**-2000**

\*Prognose der BHF-Bank; \*\*Firmenangabe

**Bayer-Chemieproduktion:** Kühl verweisen die Firmenbosse auf die besseren Bedingungen im Ausland

WERKFOTO BAYER

Druck: „Wir müssen uns von Produktionen trennen, die am Hochlohn-Standort Westeuropa nicht zu verteidigen sind“, verlangt Commerzbank-Chef Martin Kohlhaussen.

Die klassische Konjunkturanalyse, die in den Kategorien des Nationalstaats denkt, ist heute weitgehend entwertet,

ationale Politik scheint im Licht der neuen Zeit wirkungslos, die Gegenmacht der Gewerkschaften ist angeknackst. So manches Tabu wird 1996 fallen.

Die Bundesbürger, überrascht von der Wucht des Internationalen, halten fürs erste still. Das Nebeneinander von guten und schlechten Nachrichten hat viele verwirrt. „Was ist los mit unserer Wirtschaft?“ fragen die Zeitungen landauf und landab – und die Leser rätseln mit.

Die Dauerarbeitslosigkeit hat selbst die politisch interessierte Jugend, die in den Siebzigern nach Verstaatlichung und in den achtziger Jahren nach mehr Umweltschutz rief, zum Verstummen gebracht. Der Jahreswechsel ist von Apathie begleitet.

Rund 4,5 Millionen Menschen werden im kommenden Jahr vergebens auf einen regulär bezahlten Job warten. Im deutschen Osten sitzt mehr als jeder Dritte gegen seinen Willen zu Hause rum. Die düstere Prophezeiung des französischen Sozialphilosophen André Gorz, der schon in den Siebzigern einen „Verfall des herkömmlichen Vollbeschäftigungssystems“ vorausgesagt hatte, wird nun in Deutschland wahr.

Nichts bewegt sich mehr im unteren Drittel der Gesellschaft. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen hat sich seit 1980 verachtacht und steigt weiter. Selbst der Einheitsboom brachte den Ausgestoßenen keine Linderung.

Nur zu gern würden die Politiker Wachstum und Beschäftigung wieder aneinanderkoppeln. Aber wie? Neue Schulden zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit schlägt ein hilfloser SPD-Chef Oskar Lafontaine vor. Doch wer soll das bezahlen? Kurskorrektur fordern Arbeitgeber und Gewerkschaften fast täglich. Aber umsteuern, wohin eigentlich?

Bisher garantierte der bundesdeutsche Sozialstaat politische Stabilität auch in schweren Zeiten. Nicht mal mehr darauf können sich die Politiker jetzt noch verlassen, denn immer weniger Beschäftigte zahlen für immer mehr Arbeitslose.

Das Sozialsystem, das derzeit pro Jahr 1,1 Billionen Mark kostet, ist für eine solche Dauerbelastung nicht gebaut. Es droht zu kollabieren.

Neue Steuern, bisher das Zaubermittel jeder Regierung, würden das ohnehin nicht üppige Wachstum behindern, wenn nicht unmöglich machen. Schon heute ist ein Teufelskreislauf im Gang, weil Arbeitslosigkeit erst steigende Sozialkosten, dann höhere Steuern provoziert, die am Ende nur eines bringen – neue Arbeitslosigkeit.

Die Ökonomen, egal welcher Couleur, liefern Erklärungen dutzendfach, nur an Patentrezepten herrscht Mangel. Zweifel an der Funktionstüchtigkeit der

**DAIMLER BENZ**

Gewinne\* je Aktie in Mark

| 1995          | 1996         |
|---------------|--------------|
| <b>-30,00</b> | <b>30,00</b> |

Beschäftigte 1996\*\*

**-20 000**

\*Prognose der BHF-Bank; \*\*eigene Schätzung

W. BACHMEIER

**Mercedes-Endmontage\*:** Angst vor dem Absturz

\* Produktion der E-Klasse in Rastatt.

Bewegung aber gibt es bei den Wohlhabenden. Waigel will die Vermögensteuer abschaffen; sie wird das Jahr 1996 nicht überleben. Auch hier zwingt das Bundesverfassungsgericht Waigel zum Handeln. Karlsruhe erklärte die Methode, nach der die Höhe der Abgabe festgelegt wird, für grundgesetzwidrig.

Weil sich aber keine andere Methode mit vertretbarem bürokratischen Aufwand finden läßt, wird der Finanzminister mit seinem Plan, die Steuer ganz abzuschaffen, wohl auch bei den SPD-Ländern durchkommen.

Zwar müssen die Länder einen Einnahmeverlust von 8,5 Milliarden Mark verkraften. Aber die Einbuße der Länder ist nicht so hoch, wie es scheint. Das Eintreiben der Vermögensteuer ist sehr aufwendig. Ein Viertel des Ertrages schluckt die Bürokratie. Außerdem würden die Einnahmen wegen der von den Karlsruher Richtern verordneten hohen Freibeträge ohnehin sinken. Netto bleibt den Ländern ein Schwund von etwa drei Milliarden.

Den möchten sie durch eine kräftige Anhebung der Erbschaftsteuersätze wettmachen. Davon will jedoch Hansgeorg Hauser, Staatssekretär im Finanzministerium, nichts wissen: Die Regierung plant eine „maßvolle Anhebung“ der Erbschaftsteuer. Auch bei dieser Steuer müssen die Freibeträge geliftet werden – auf die Höhe des Wertes eines durchschnittlichen Einfamilienhauses. Der Mehrertrag höherer Steuersätze deckt gerade mal den Ausfall durch die höheren Freibeträge.

Eine Mehrwertsteuer-Erhöhung jedoch, versichert Hauser, werde Waigel auf keinen Fall mitmachen. Sie wäre angesichts der labilen Konjunktur doppelt riskant: Können die Unternehmen die Steuern über höhere Preise an die Käufer weitergeben, ist die Konsumlaune dahin. Gelingt das wegen flauer Nachfrage nicht, droht knapp kalkulierenden Mittelständlern mit geringer Gewinnspanne die Pleite.

Was aber passiert, wenn die Steuerrechtsänderungen des nächsten Jahres zwangsläufig wieder beim Vermittlungsausschuß von Bund und Ländern landen? Wenn die Lohnnebenkosten gesenkt und beispielsweise der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung um zwei Prozentpunkte gekappt werden soll, muß das Geld für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder Umschulungen woanders zusammengekratzt werden.

Am Ende könnte ein Loch bleiben, das nur durch einen oder zwei Mehrwertsteuerpunkte gestopft werden kann.

Marktwirtschaft werden laut, nicht nur in Deutschland. „Haben wir uns auf dem Weg in die Zukunft, auf dem wir unbedingt die ersten sein wollten, verirrt?“ fragt der britische Sozialphilosoph Charles Handy.

Selbst die Kohl-Regierung, angetreten mit dem optimistischen Slogan „Leistung muß sich lohnen“, ist offenbar von tiefer Ratlosigkeit befallen. In ihrem noch unveröffentlichten Entwurf zum Jahreswirtschaftsbericht 1996 stellt sie ernüchtert fest:

„Offenbar sind die Wirtschaftssysteme der westlichen Industrieländer unter den Bedingungen globalisierter Märkte immer weniger in der Lage, einen ausreichend hohen Beschäftigungsstand zu gewährleisten.“

Vor allem die neue Mittelschicht, ausgestattet mit Qualifikation, nicht mit Kapital, reagiert zunehmend nervös. Facharbeiter, Angestellte und Manager beobachten aufmerksam, daß der große Kehraus auch an ihresgleichen nicht spurlos vorbeigeht. *Time*-Essayistin und Buchautorin Barbara Ehrenreich hat in den Wohlstandsmetropolen eine „Angst vor dem Absturz“ registriert.

Der Ton aus den Chefzentralen der Wirtschaft wird rüder. Auf die Befindlichkeit der Deutschen nimmt eine international agierende Wirtschaftselite immer weniger Rücksicht. Kühl verweisen die Firmenbosse, bedrängt von der Konkurrenz, auf die besseren Bedingungen im Ausland.

Die Arbeitsstunde in Singapur, Südkorea und Taiwan kostet eben nur zwischen 7,50 und 10 Mark. In Malaysia, wo Siemens eine Chipfabrik betreibt, sind die Menschen – noch jedenfalls – mit weniger als 3 Mark zufrieden.

In Deutschland dagegen müssen die Arbeitgeber fast 50 Mark pro Kopf und Stunde zahlen – das ist Weltrekord. Zusätzlich machen bürokratische Regelungen das Wirtschaften schwer: Die Genforscher warteten anfangs jahrelang auf Genehmigungen, die Chemie fühlt sich von der Debatte um Ökosteuern bedroht, die Mittelständler glauben mittlerweile, daß Gewerbeamt, Finanzamt und Arbeitsamt nur geschaffen wurden, um sie zu quälen.

Jahrelang haben Wirtschaft und Politik über den „Standort Deutschland“ debattiert – und nichts ist passiert. Von Wahl zu Wahl wurden sie vertröstet. Das Gezerre um den Ladenschluß geriet den Bonnern zur Posse. Nun sind die Chefs sauer.

Ausgerechnet dem ewigen CDU-Kanzler Helmut Kohl wirft Helmut Becker, Präsident des Bundesverbandes der mittelständischen Wirtschaft,

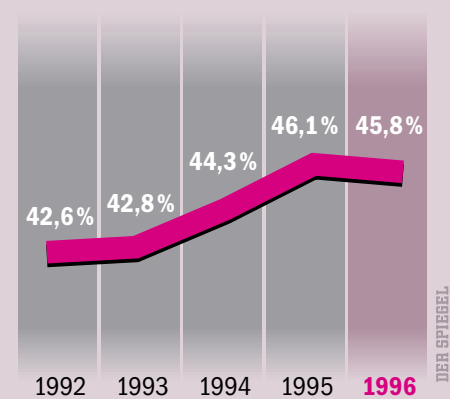
„Sprechblasen“ und „Flickschustereien“ vor. Deutsche-Bank-Vorstand Ulrich Cartellieri vermißt „politische Führung“.

Tyll Necker, einst Chef, jetzt Vize beim Bundesverband der Deutschen Industrie, attestiert dem Kanzler fehlendes Gespür gleich für alle Wirtschaftsthemen – eine Kampfansage. So deutlich hat noch kein Wirtschaftsführer seinen Unmut geäußert.

Die Regierung, einer der „wenigen nicht mobilen Faktoren“ (Berger), bekommt das neue Selbstbewußtsein der Firmenchefs zu spüren. Nach erfolgreicher Sanierung ihrer Unternehmen trumpfen sie auf, verlangen, lauter und aggressiver als zuvor, vom Staat jene Dienstleistung, die asiatische Regierun-

## Kaum Entlastung

Durchschnittliche Steuerbelastung\* der Arbeitnehmer in Prozent des Bruttolohns



\*Lohnsteuer, Sozialabgaben und indirekte Steuern

gen so erfolgreich ihren Firmen gewähren:

Hilfen bei der Ausbildung, beim Export, bei der Standortsuche und Erleichterung bei den Steuern sowieso. „Der Countdown läuft“, drängt McKinsey-Chef Herbert Henzler die Politiker zur Eile.

Die Lohnnebenkosten, im wesentlichen die Beiträge der Arbeitgeber zur Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung, drohen schon heute die Produktivität zu erdrosseln. 1996 wird der Preis für die Alterssicherung, für Pflege- und Krankheitsvorsorge noch mal höher ausfallen.

Insgesamt steigen die Beiträge zu den Sozialkassen erstmals auf über 41 Prozent des Bruttolohns. Die Hälfte davon zahlen die Arbeitgeber. Ihr Widerwillen wächst.

Der Beitrag für die Rente klettert von 18,6 auf 19,2 Prozent und ist auch dann noch knapp kalkuliert. Die Gesundheit wird ungeachtet aller Reformanstrengungen mindestens einen halben Prozentpunkt teurer. Der Beitrag zur Pfl-

Deutschland sicherzustellen. Das bedeutet insbesondere, daß es gelingen muß, die Abgabenbelastung der Unternehmen zu verringern sowie die Staatsquote nachhaltig zu senken. Nur so wird sich der Wohlstand, den unsere Gesellschaft erreicht hat, auch zukünftig bewahren lassen.



**Jürgen E. Schrempp**  
Vorstandsvorsitzender  
der Daimler-Benz AG

**W**ir erwarten keine konjunkturellen Höhenflüge im kommenden Jahr. Die absehbare Belebung des privaten Verbrauchs wird vermutlich nicht ausreichen, gesamtwirtschaftlich

wesentliche Impulse zu geben. Unser Haus wird in 1996 weiter daran arbeiten, konzernweit die Ertragskraft wiederherzustellen. Wir sind mit unseren Maßnahmen auf dem richtigen Weg, aber noch nicht am Ziel.

Wir brauchen einen gesellschaftlichen Konsens darüber, was wir uns in der Zukunft noch leisten können. Unser Standort muß entscheidend seine Wettbewerbsfähigkeit verbessern. Kreativer, flexibler, innovativer sollten wir sein. Der Wettbewerb der Volkswirtschaften hat sich zu unseren Lasten verändert.



**Martin Kohlhaussen**,  
Vorstandssprecher der  
Commerzbank

**D**eutschland steht Mitte der neunziger Jahre vor zwei großen Herausforderungen:

Wie kann Europa – und nicht nur Deutschland – seine im globalen Maßstab sehr hohen Einkommen verteidigen? Und wie kann die mehr als 40 Jahre dauernde Teilung Europas, die für Deutschland eine besonders unmittelbare und schmerzliche Erfahrung war, überwunden werden? Wir müssen uns von Produktionen trennen, die am Hochlohn-Standort Westeuropa im Wettbewerb nicht zu verteidigen sind. Mit der Verlagerung dieser Produktion in die Schwellenländer entstehen dort Einkommen, die auch die Nachfrage nach europäischen Erzeugnissen erhöhen. Die zweite Herausforderung liegt in der

Überwindung der Spaltung. Auch hier steht das ökonomische Problem im Vordergrund: Für eine massive Umverteilung von West nach Ost, wie sie jetzt innerhalb Deutschlands praktiziert wird, fehlt es an Bereitschaft. So kann die Lösung nur Wachstum in Mittel- und Osteuropa heißen, und hierfür bietet Westeuropa zahlreiche Hilfen, bis hin zur geplanten Aufnahme in die Europäische Union gegen Ende des Jahrzehnts. Ich denke hierbei insbesondere an die Chance zur Schaffung eines Produktionsverbundes zwischen Hoch- und Niedriglohnländern. Die Nutzung des Lohngefälles zwischen der EU und Mittel- und Osteuropa würde sowohl deren Wirtschaft im schwierigen Transformationsprozeß stützen als auch die Wettbewerbsfähigkeit der westeuropäischen Industriebetriebe verbessern.



**Lothar Späth**,  
Chef der Jenoptik

**W**ir wollen 1996 die notwendigen Sanierungen abschließen und mit unseren wichtigsten Technologiefirmen auf den Auslandsmärkten durchstarten. Von unseren 40 Firmen schreiben

32 bis 34 schwarze Zahlen. Unser Umsatz wird 1996 die Milliardengrenze übersteigen, die Halbleiter-Industrie, in deren Ausrüstungsbereich wir 50 Prozent unseres Umsatzes machen, wird gewaltig boomen.

Wichtigster Markt für uns ist Südostasien. 1996 wird die Konjunktur eine ziemlich müde Veranstaltung. Wir können froh sein, wenn wir ein Wachstum von zwei Prozent erreichen. Die produzierende Industrie wird sich wegen der bekannten Standortprobleme sehr schwer tun, Investitionen werden daher eher ins Ausland gehen.

Besondere Probleme sehe ich beim Bau. 1996 wird ein schlechtes Baujahr für die alten Bundesländer. Hier in den neuen Bundesländern sehe ich erst 1997 für die Baubranche eine sehr schwere Zeit kommen. Wir haben eine Rentenkrise, wir haben Probleme bei der Kranken- und der Arbeitslosenversicherung.

Im nächsten Jahr werden die Lohnnebenkosten erneut steigen. Wir können uns diesen Sozialstaat nicht länger leisten. Wir müssen unser Innovationsstempo erhöhen, wir brauchen größere Risikobereitschaft, sonst laufen wir Gefahr, in einer Rentner- und Rentiersgesellschaft zu versinken.

geversicherung steigt im Juli plangemäß von 1 auf 1,7 Prozent.

Die Systeme der sozialen Sicherung laufen aus dem Ruder. Deutschland, daran besteht heute kein Zweifel mehr, lebt über seine Verhältnisse.

Noch nie war die Steuerbelastung so hoch wie 1995 – und trotzdem lebt der Staat auf Pump. Die Verschuldung hat unter konservativ-liberaler Führung ein Rekordniveau erreicht, das mit den Kosten der deutschen Einheit allein nicht zu erklären ist.

Rund 100 Milliarden Mark muß allein der Bund im kommenden Jahr für Zinsen ausgeben. Der Schuldendienst kostet mehr, als die Minister für Landwirtschaft, Bildung, Verkehr, Umwelt und Wirtschaft in ihren Etats zur Verfügung haben. In jeder Sekunde steigt der Schuldenstand des Staates um 3935 Mark. Der Bund der Steuerzahler sieht eine „finanzpolitische Schallmauer“ erreicht.

Die Wirtschaft fordert von Kohl einen Sanierungskurs, der Staatsfinanzen und Sozialkassen in Ordnung bringt. Opfer soll es geben, harte Schnitte – und das Ganze nach Jahren der Debatte nun zack, zack. Andernfalls prophezeit Neker den Crash: „Weiche Politik fährt an harte Mauern.“

Das neue Selbstbewußtsein der Wirtschaftsleute gründet auf der eigenen Saniererarbeit. Ohne sozialen Aufruhr

## Auch 1996 werden die Werkhallen weiter entvölkert

und immer zu Lasten der sozialen Sicherungssysteme wurden die Beschäftigten zu Hunderttausenden nach Hause geschickt – in den Vorruhestand oder gleich in die Arbeitslosigkeit. Die Betriebsräte zogen murrend mit.

Auch 1996 werden die Werkhallen weiter entvölkert: Siemens minus 7000 Jobs, Daimler minus 20 000, Bayer minus 2000, Deutsche Bank minus 1500 Jobs. Nur im Osten ebbt die Entlassungswelle langsam ab, nachdem seit der Wende über zwei Millionen Arbeitsplätze ersatzlos wegfielen.

Den Unternehmen und ihren Aktionären tat die Entschlackung erkennbar gut. Produktion und Verwaltung sind, so der Manager-Jargon, lean und reingineert – vom Vorstandschef bis zum Pförtner. Die Produktivität stieg, bei BMW zum Beispiel, pro Arbeitsstunde um sechs Prozent.

Die Aktienkurse kletterten mit den Gewinnerwartungen, die Börse in Frankfurt verläßt das Jahr in Rekordlaune. Die großen deutschen Konzerne werden auch 1996 ihre Gewinne weiter kräftig steigern können. Vor allem die Auto-

mobilitätsindustrie steht wieder glänzend da. Mercedes und BMW, Porsche, Audi und VW sind in der internationalen Automobilindustrie wieder Spitze. Mit Seiten-Airbags, kraftstoffsparenden Motoren und dem Aluminiumauto setzen sie die Technik-Trends. Die einstigen Angstgegner aus Japan trödeln hinterher.

Als die Chefs der deutschen Automobilfirmen vor kurzem zur Tokyo Motor Show flogen, genossen sie ein völlig neues Gefühl: das der Stärke und Überlegenheit. BMW-Vorsitzender Bernd Pischetsrieder gestattete sich sogar einen kleinen Scherz über die konturlosen Karossen der Japaner. „Laßt uns heute nacht wahllos einige japanische Autos von Stand zu Stand verschieben“, schlug er vor, „das fällt am nächsten Morgen niemandem auf.“

Nach Rekordverlusten bei Mercedes-Benz (minus 1,2 Milliarden), Volkswagen (minus 1,6 Milliarden) und Porsche (minus 239 Millionen Mark) erwirtschaften jetzt alle wieder einen Gewinn. Mercedes wird mit einem erwarteten Überschuß von 2,4 Milliarden Mark sogar profitabelster Automobilhersteller Europas. Während die einst scheinbar übermächtigen Konkurrenten aus Japan mit Krisenmanagement beschäftigt sind, sogar Fabriken schließen, gehen Volkswagen und Co. in die Offensive. VW-Chef Ferdinand Piëch will die Produktion bis zum Jahr 2000 von 3,3 auf 5 Millionen Fahrzeuge hochfahren. Mercedes-Vorsitzender Helmut Werner plant, die Pkw-Fertigung im gleichen Zeitraum mindestens zu verdoppeln.

Die Spitzenmanager genießen es, nun in der Position des Angreifers zu sein. Allzulang mußten sie sich für Managementfehler prügeln lassen. Vor allem die Kosten waren – auch aufgrund veralteter Produktionsabläufe – nicht mehr im Griff.

Doch dann haben sie bewiesen, was möglich ist am Standort Deutschland. Und sie haben auch gezeigt, welcher Preis zu zahlen ist, wenn eine Branche sich fit macht für den Wettbewerb.

150 000 Arbeitsplätze in der deutschen Automobilindustrie fielen seit 1991 dem Rationalisierungskurs zum Opfer. Und es besteht keinerlei Aussicht, daß die Autofabriken und ihre Zulieferer künftig wieder mehr Menschen beschäftigen.

Wenn die ehrgeizigen Wachstumspläne von VW, Mercedes und BMW aufgehen, kann die Branche allenfalls die bestehenden rund



**Mazda auf der Tokyo Motor Show:** Konturlose Karossen

650 000 Stellen in Deutschland sichern. Neue Fabriken, neue Arbeitsplätze entstehen anderswo – in den USA (Mercedes und BMW), in Brasilien (Volkswagen und Mercedes), in Vietnam (Mercedes und BMW) oder in China (Volkswagen).

Die Lieferanten folgen den Herstellern. Sie errichten neue Werke im Ausland. Nicht nur weil die Kosten dort niedriger sind, sondern auch weil die Autofirmen ihre Zulieferer gern neben der neuen Fabrik sehen möchten. Martin Herzog, der im Verband der Auto-

mobilitätsindustrie (VDA) die Zulieferer vertritt, sagt: „Wir sind zwar Patrioten, aber keine Idioten.“

Die alte Strategie, Autos made in Germany in die Welt zu exportieren, hat allein keine Zukunft mehr. Durch ihre Fabriken in den USA werden Mercedes und BMW unabhängiger vom schwankenden Dollarkurs. Mit Montagewerken in Asien verschaffen sich die deutschen Hersteller eine Basis für den Verkauf vor Ort. Wer in der „Weltliga“ mitspielen will, hat VW-Vorsitzender Ferdinand Piëch erkannt, „braucht Weltformat“.

Modernisierung auf eigene Faust gelang nicht allen Branchen. Wo der Staat ein entscheidendes Wort mitzureden hat, geriet Deutschland prompt ins Hintertreffen.

Ganze Produktionszweige wurden amputiert oder verschwanden auf Nimmerwiedersehen: „Deutschland hat in der Vergangenheit den Wettlauf um Zukunftsbranchen verloren“, konstatiert enttäuscht Telekom-Chef Ron Sommer.

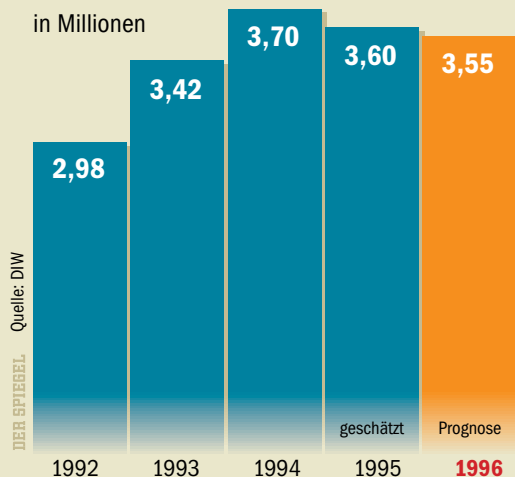
Weil die Regierung, trotz erstklassiger Datennetze, erst spät mit der Liberalisierung der Telekommunikation begann, liegen deutsche Telekommunikationsdienste weltweit ziemlich weit hinten. Mietleitungen, Datendienste, Electronic Banking und Einkauf per PC gelten hierzulande als Absonderlichkeiten einer neuen Welt;



**BMW-Chef Pischetsrieder:** Gefühl der Stärke

**ARBEITSLOSE**

in Millionen



vor allem die teuren Telefongebühren, die laut OECD um neun Prozent über dem Europaschnitt liegen, verhinderten eine schnellere Verbreitung der neuen Dienstleistungen. Erst 1998 wird das Telefonmonopol der Telekom fallen, erst dann können private Anbieter dem ehemaligen Staatskonzern richtig Konkurrenz machen – und erst dann werden auch in Deutschland die Preise sinken.

Die Hersteller von Solarzellen, einer Zukunftstechnologie ersten Ranges, sehen in der Bundesrepublik für sich keine Chance mehr. Der Staat versagte die ausreichende Förderung. Zum Jahresende verläßt der letzte Solarproduzent, die Firma Angewandte Solarenergie (ASE) aus Wedel, das Land.

Auch Gentechniker haben in Deutschland kein Zuhause mehr. Firmen, die Erbanlagen von Tieren und Pflanzen verändern, wurden vor allem in den entscheidenden Gründerjahren

unisono als Genmanipulierer geächtet – auch von unionsgeführten Landesregierungen.

Die Konzern-Strategen, die von einem Milliardengeschäft mit gentechnisch hergestellten Arzneien träumen, konnten nicht länger warten. Sie zogen ab – und mit ihnen die deutschen Forscher.

Der Bayer-Konzern hat die Zentrale seiner Biotechnologie-Forschung im amerikanischen Berkeley angesiedelt. BASF forscht in Massachusetts an biologischen Krebstherapeutika und baut derzeit ein Forschungszentrum in der Nähe von Boston. Schering hat sich mit dem Kauf von zwei amerikanischen Gentechnikfirmen abgesetzt. Der Düsseldorf Henkel-Konzern betreibt Genforschung nun in Santa Rosa/Kalifornien.

Seit 1990 versucht die Bundesregierung mit Milliarden-Programmen die Firmen zurückzulocken – ohne großen

Erfolg. Nur rund 400 Firmen gibt es in ganz Europa auf diesem Zukunftsmarkt, keine mit mehr als 300 Beschäftigten. Insgesamt besitzen die europäischen Genfirmen einen Marktwert von nur zwei bis drei Milliarden Mark.

In Amerika dagegen herrscht Gedränge. 1300 Firmen sind entstanden, deren Marktwert mehr als 45 Milliarden Mark beträgt. Neben dem Silicon Valley der Computerindustrie ist rund um San Francisco ein zweites High-Tech-Zentrum entstanden, diesmal für Gentechnik.

Der Exodus von Kapital und Menschen aus Deutschland wird zunehmen: „Wir bauen keine neuen Gentechnik-entwicklungslabors und Fabriken in Deutschland“, sagt Claus Brastup, Leiter der Biotechnik-Sparte bei Schering. „Wir haben soviel investiert, jetzt würde es keinen Sinn machen, zurückzukehren“, meint auch Udo Klein von Bayer in Berkeley.

Dabei hat sich die Stimmung in Deutschland gedreht. Selbst die Gewerkschaften, von Ex-IG-Metall-Chef Franz Steinkühler als „gesellschaftliche Gegenmacht“ verstanden, geben kleinlaut bei. Zumindest das Führungspersonal hat begriffen, daß radikale Forderungen zur Lohnhöhe und zur politisch korrekten Produktion den Kapitalexporth nur beschleunigen.

Derweil in Frankreich das Volk, angeführt von alten Gewerkschaftskäm-

## Der IG-Metall-Vorsitzende hat Freund und Feind verblüfft

pen, gegen die ehrgeizigen Sparpläne der Regierung aufbegehrt, rücken in Deutschland Arbeitgeber und Gewerkschaften zueinander. Flexiblere Arbeitszeitregeln gelten den Arbeitnehmern nicht mehr als Teufelszeug. Der arbeitsfreie Samstag kann schon jetzt zum normalen Arbeitstag werden, wenn Betriebsrat und Konzernführung sich darauf einigen.

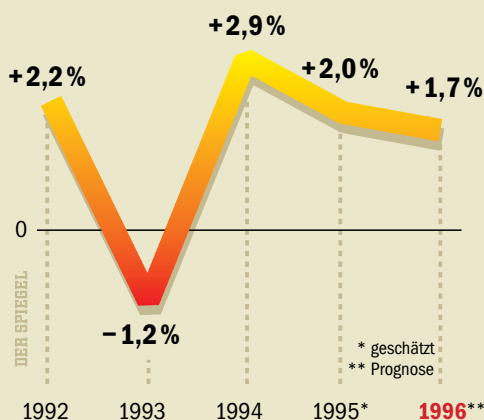
Selbst längere Maschinenlaufzeiten, wenn es sein muß auch am Sonntag, sind nicht mehr tabu. Wer heute noch Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich fordert, gilt Männern wie IG-Metall-Chef Klaus Zwickel als Phantast.

Der Steinkühler-Nachfolger im Frankfurter IG-Metall-Hochhaus erkennt mittlerweile an, daß die Lohnhöhe für die Arbeitslosigkeit mitverantwortlich ist. Mit seinem „Bündnis für Arbeit“, vorgeschlagen auf dem Gewerkschaftstag in Berlin, hat er Freund und Feind verblüfft.

Flexiblere Arbeitszeiten, warum denn nicht, heißt es plötzlich. Lohnsenkung

**BRUTTOINLANDSPRODUKT**

Veränderung gegenüber dem Vorjahr (real)



für Ungelernte? Wenn es den vagabundierenden Massen der Ab- und zu-Beschäftigten wirklich dient, ist auch Zwickel dafür.

Eine Lohnpause hat er den Arbeitgebern angeboten, wenn sie nur endlich 100 000 neue Arbeitsplätze pro Jahr schaffen. Mittlerweile ist auch diese Forderung schon kassiert. DGB-Chef Dieter Schulte gibt sich schon mit einer „nennenswerten Anzahl neuer Arbeitsplätze“ zufrieden.

Konsens-Kanzler Kohl will die Tarifparteien schon bald zu einem Beschäftigungspakt bewegen, von dem auch seine angeschlagene Regierung profitieren soll. „Die Arbeitslosigkeit“, sagt Kohl-Berater und Wirtschaftsstaatssekretär Johannes Ludewig, „ist das beherrschende Thema.“

Alle sozialen Kürzungsvorhaben wurden im Dezember, auf Drängen der Arbeitnehmer-Vertreter, storniert. Am 23. Januar treffen Gewerkschafter und Arbeitgeber im Kanzleramt zusammen, um einen „Beschäftigungspakt“ (Kohl) zu schmieden. Die Minister Norbert Blüm und Jürgen Rüttgers halten den Zwickel-Vorschlag für eine „historische Chance“.

Seit Wochen bereiten verschiedene Arbeitsgruppen in Kanzleramt und Wirtschaftsministerium die Details des Pakts vor. Der Vorruhestand soll neu geregelt werden, mit zusätzlichen Geldern will die Regierung Zukunftsbran-

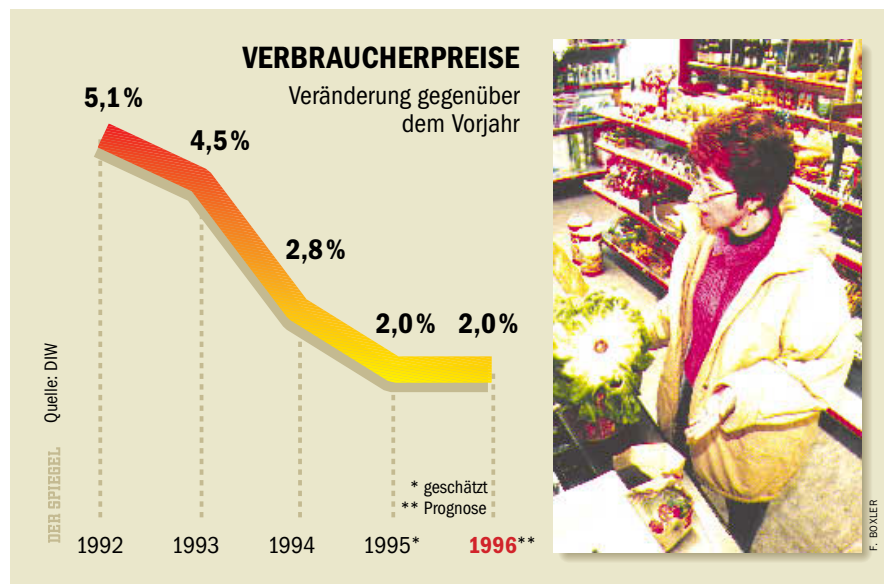
## Deutschland steht noch bevor, was die Konzerne schon geschafft haben

chen und Firmengründer fördern. Gewerkschaften und Arbeitgeber, so Kohls Hoffnung, werden sich im Gegenzug auf eine maßvolle Tarifrunde 1996 verständigen.

Ohne Einschnitte im Sozialsystem ist eine Einigung nicht vorstellbar. Am vergangenen Donnerstag präsentierte sich auf der Jahresversammlung der Arbeitgeberverbände Unions-Fraktionschef Wolfgang Schäuble als unerschrockener Reformier. Das Bündnis für Arbeit mache nur Sinn, wenn über alle Fragen geredet werde: auch über Sozialabbau.

Wer vor dem sechzigsten Lebensjahr die Rente anpeilt, soll Abschläge hinnehmen. Auch die sechswöchige Lohnfortzahlung für Kranke, bisher von den Arbeitgebern finanziert, will Schäuble im kommenden Jahr kappen oder doch zumindest kostenlose „Karenztage“ einführen. Einschnitte bei der Bundesanstalt für Arbeit gelten ohnehin als abgemachte Sache.

Nur Steuerentlastungen kann auch Schäuble nicht versprechen. Der deut-



sche Osten, der noch immer pro Jahr einen dreistelligen Milliardentransfer verschlingt, bleibt auf die Alimente aus Bonn und den Ländern angewiesen.

Der Konjunktur würde ein Rückgang der staatlichen Investitionen nur schaden. Die Bauindustrie, verwöhnt durch den Einheitsboom Anfang der neunziger Jahre, klagt schon jetzt über Auftragsmangel.

Ohnehin ist die Stimmung zum Jahresende nicht die beste. Das nur zaghafte Wachstum der letzten Monate, das deutlich unter den Erwartungen der Konjunkturforscher blieb, hat viele verunsichert. Die Experten sprechen von einer „Wachstumsdelle“, die Bundesbank kann keine Anzeichen einer Rezession erkennen. Und dennoch wächst die Furcht vor einem neuen Einbruch der Produktion.

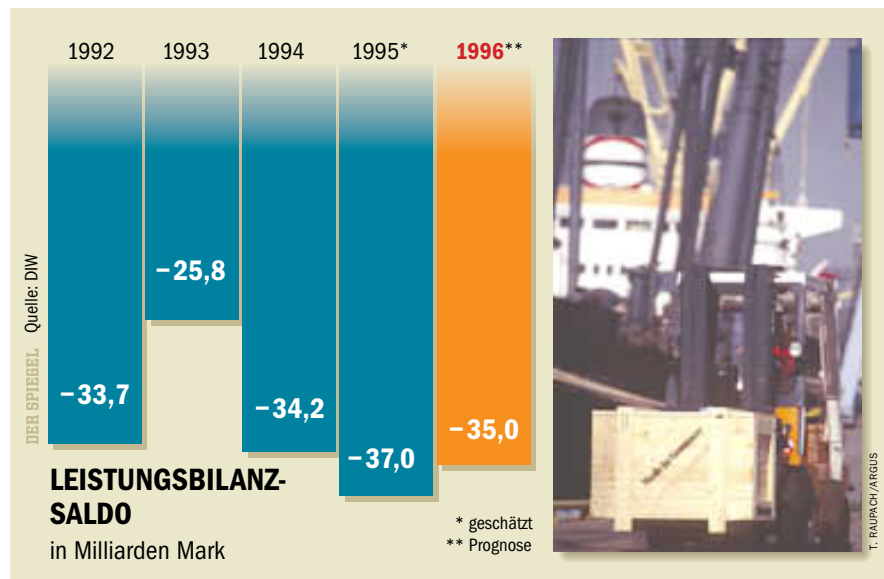
Die Rezession des Jahres 1993, die ohne Vorwarnung kam, ist allen unver-

gessen. Der nächste Abschwung kommt bestimmt – aber, nach Meinung der meisten Experten, nicht 1996.

Die Wachstumsimpulse, sagt Ulrich Hombrecher, Chefvolkswirt der WestLB, werden sich 1996 wieder „spürbar verstärken“. Doch nicht von allein. Regierung und Tarifpartner müssen ungenutzte Chancen endlich nutzen.

Wie kein anderes großes Industrieland ist die Bundesrepublik mit der Weltwirtschaft verflochten, profitiert vom steigenden internationalen Handel. Vor der Haustür liegt Europa, mit 680 Millionen Menschen noch immer der kaufkräftigste Markt der Welt. Auch neue Jobs lassen sich schaffen:

▷ Die Dienstleistungsbranche, behindert durch staatliche Bürokratie und starre Tarifregeln, ist noch immer unterentwickelt. In Deutschland verdienen bisher nur 56 Prozent der Beschäftigten mit Pflegen, Lehren, Be-



Millionen Mark Jahresumsatz. Multimedia wird die ganze Arbeitswelt umkrempeln. Millionen Menschen könnten künftig zu Hause arbeiten. Doch ob sich dieser Trend in der Praxis tatsächlich durchsetzt, wird von vielen Forschern bezweifelt. Offen ist auch, wie viele Jobs durch die neue Technik verlorengehen: Telebanking etwa wird im Bankengewerbe zum Verlust von Arbeitsplätzen führen.

Allein die Telekom muß, um konkurrenzfähig zu werden, 60 000 Jobs streichen. Die private Konkurrenz wird kaum so viele Stellen schaffen.

Zunächst sind viele Milliarden notwendig, um den Markt der Zukunft aufzubauen. Der Geschäftsführer des einzigen deutschen Abonnenten-Fernsehens Premiere, Bernd Kundrun, macht für die ersten fünf Jahre nach Einführung des digitalen Fernsehens (wahrscheinlich Oktober 1996) folgende Rechnung auf: Um für ein Paket von zwölf Programmen zwei Millionen Kunden innerhalb von fünf Jahren zu bekommen, sind circa 5,1 Milliarden Mark zu investieren: 100 Millionen für die nötigen Satelliten-Transponder, 100 Millionen Lizenzkosten für die Nutzung des Zugangskontrollsystems, 800 Millionen für Abonnentenwerbung und -betreuung, 2,6 Milliarden Mark für Programme und 1,5 Milliarden für Decoder.

Diesen gewaltigen Summen stellt Kundrun eine vorsichtige Geschäftserwartung entgegen. Anders als das Prognos-Institut, das im Jahr 2005 schon 15 Millionen Haushalte als Abonnenten digitaler Programmpakete sieht, glaubt Kundrun an maximal 5 Millionen zahlende Kunden.

Höhere Geschwindigkeiten bei der Geschäftsentwicklung im Multimedia-Markt sieht auch Booz Allen & Hamilton nicht. Deren Bericht für den deutschen Bundestag hält technische Pilotversuche noch bis 1999 für nötig.

Ähnlich vage sind auch die Aussichten im Geschäft mit Online-Diensten. Seit Ende November ist außer den Datendiensten T-Online und Compuserve auch AOL auf dem Markt. Das Jointventure von Bertelsmann, America Online, Telekom und dem Axel-Springer-Verlag will bis zur Jahrtausendwende mindestens eine Million Kunden haben. Jede Woche starten neue Anbieter. Das unter der Internet-Adresse <http://web.de> erreichbare deutsche Verzeichnis registriert täglich zwischen 35 und 50 neue Adressen.

Die tatsächliche Erschließung des Massenmarktes erwarten Experten zwar erst ab der Jahrtausendwende. Doch heute werden Claims abgesteckt.



Abendzeitung

dienen ihr Geld, in den USA arbeiten fast drei Viertel in diesem Sektor (siehe Kasten Seite 82). Der japanische Unternehmensberater Minoru Tominaga sieht in der mangelnden Kundenorientierung einen gravierenden Standortnachteil: „Die Deutschen kennen Begriffe wie Kundenzufriedenheit, Kundenbegeisterung überhaupt nicht“ (siehe Interview Seite 88).

- ▷ Die Umwelttechnik bietet weltweit ein Milliardenpotential. Nur mit klaren Umweltschutzbestimmungen im Inland und Exporthilfen auf den Weltmärkten kann die Branche boomten.
- ▷ Die Chancen der Teilzeitarbeit, bisher nur von 17 Prozent der Beschäftigten genutzt, sind längst nicht ausgeschöpft. In den Niederlanden ist der Prozentsatz doppelt so hoch, auch bis dahin hoffnungslose Fälle des Arbeitsmarktes erhalten dort eine Chance.
- ▷ Computer, Medien und Telekommunikation verschmelzen zu einem gigantischen Wachstumsmarkt (siehe Seite 86). Noch liegen die Deutschen im Vergleich zu den Amerikanern weit zurück – doch der Abstand schrumpft.
- ▷ Die kapitalistischen Nachwuchskräfte, die Firmengründer, schaffen neue Arbeitsplätze vor allem für Berufseinsteiger. Die „neue Kultur der Selbständigkeit“ (Kohl) entsteht allerdings nicht durch Reden im Bundestag. Sie braucht staatliche Hilfe, vor allem bei der Kapitalbeschaffung.

Schon lange drängen die Ökonomen darauf, neue Wege bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu gehen. Die Poli-

tiker hören zu – und verweigern die Entscheidung. Sie scheuen vor den Wählern zurück, denen sie Unbequemes mitteilen müßten.

Deutschland 1996 – das Land steht an einer Weggabelung. Packt die Politik, im Verbund mit Arbeitgebern und Gewerkschaften, die drängenden Probleme endlich an – oder täuscht sie die Bürger weiter über das wahre Ausmaß des Umbruchs? Dem Standort Deutschland steht erst noch bevor, was viele deutsche Konzerne bereits geschafft haben: die Erneuerung verkrusteter Strukturen, die sogenannte Restrukturierung.

Viele Ökonomen und Unternehmer sind skeptisch, sie trauen der Regierung die nötige Kraft nicht zu. Die Herren in Bonn hätten längst den Überblick verloren, meint auch McKinsey-Chef Henzler. Er spricht vom „reformunfähigen Staat“, der das „Risiko der Risikolosigkeit“ unterschätzt.

Die Deutschen sollten sich schämen, meint Wirtschaftsprofessor Meinhard Miegel, Chef des Bonner Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft. Er hat im Lande einen „lähmenden Immobilismus“ ausgemacht; ohne Mut zum Unkonventionellen prophezeit er ein „vergeisendes, wirtschaftlich lahmes, sozial unbefriedetes Volk“.

Nur im Ausland herrscht Gelassenheit. Die Deutschen sollen sich doch freuen, meint der britische *Economist*. Trotz der Klagen über den Standort Deutschland schneide das Nachbarland regelmäßig besser ab als das übrige Europa.

Das deutsche Erfolgsrezept glauben die Briten durchschaut zu haben: Der *Economist* attestiert den stets aufgeregten Deutschen voller Spott einen „Vorsprung durch Panik“.